

Die Ratssitzung am 05. Juli 2018



Die letzte Ratssitzung vor der Sommerpause war mit unter 5 Stunden die bislang kürzeste in diesem Jahr. Nichtsdestotrotz gab es wichtige Entscheidungen, die aber größtenteils schon intensiv in den Ausschüssen behandelt wurden. Die fraktionsübergreifende Erschöpfung in diesen krisengeschüttelten Zeiten sorgte offenbar auch dafür, dass Reden für die Galerie weitgehend ausblieben. Hier nun die Übersicht über relevante Beschlüsse:

Neubau eines Bezirksratshauses Innenstadt



Der Stadtbezirk Innenstadt soll nun endlich ein neues Bezirksrathaus erhalten, das an der Stelle des alten errichtet werden soll. Das Bürgeramt, die Fraktionen der Bezirksvertretung, das Kundenzentrum sowie weitere Dienststellen sollen hier ihr neues Zuhause finden. Auch ein den heutigen Erfordernissen angemessener Sitzungssaal soll geplant werden. Die Verwaltung soll nun im nächsten Schritt einen Architekturwettbewerb vorbereiten und prüfen, ob in Eigenregie oder Fremdvergabe gebaut werden soll. Ziel ist eine schnelle und kostenoptimierte Realisierung.

Der [gemeinsame Antrag](#) von SPD, CDU, GRÜNE, Linke und FDP wurde einstimmig beschlossen.

Großräumige Autofreie Tage

Nachdem Oberbürgermeisterin Henriette Reker bei der jüngsten Radkomm-Tagung für regelmäßige autofreie Sonntage plädierte, beeilte sich die Gruppe BUNT, flugs einen Ratsantrag einzureichen. Dabei übersah sie, dass OB Reker bereits im Hauptausschuss am 25.06.18 für diesen Herbst eine Beschlussvorlage der Verwaltung angekündigt hat. Die grüne Fraktion begrüßte den Vorstoß der OB als „ein starkes Signal für die Verkehrswende“. Auch die grüne Ratsfraktion ist dafür, erst einmal die OB-Vorlage zu behandeln. Der BUNT-[Antrag](#) wurde daher gegen die Stimmen von SPD, Linke und BUNT in den Verkehrsausschuss verwiesen.

Grüne Pressemitteilung: [Ja! zum autofreien Sonntag am linken Rheinufer](#)

Jobrad für städtische Beamte und Beschäftigte (TOP 3.1.3)



Mit dieser gemeinsamen Initiative von CDU, GRÜNE und der Gruppe GUT wird ein weiterer Baustein der Mobilitätswende umgesetzt. Mit der steuerlich geförderten Anschaffung eines Elektrofahrrades sollen sich insbesondere Verwaltungsmitarbeitende der unteren Gehaltsgruppen ein Elektrorad leisten können, um damit auch weitere Wege zur Dienststelle zurückzulegen. Die Anschaffung soll per Leasing erfolgen. Eventuelle Nachteile bei der verminderten Rentenhöhe von ca. 1-2 Euro können die Arbeitnehmerenden mit den gesparten Steuerbeträgen durch freiwillige Einzahlungen wieder ausgleichen.

SPD, Linke und BUNT lehnten diese Initiative ab und wollten stattdessen prüfen lassen, den Beschäftigten ein zinsfreies Darlehen oder einen Zuschuss für die Beschaffung zu gewähren. Der [CDU/GRÜNE/GUT-Antrag](#) wurde schließlich mehrheitlich beschlossen.

Meschenich weiter voranbringen – SPD-Antrag (TOP 3.1.4)



„Nichts Neues im Westen“ – so lässt sich der Inhalt des SPD-[Antrags](#) zusammenfassen.

Sämtliche Antragspunkte sind entweder bereits vom Stadtrat beschlossen oder befinden sich in der Planungsphase. Die Erweiterung der Stadtbahn bis nach Meschenich ist bereits in der Roadmap ÖPNV enthalten. Die Planungen dazu sollen im kommenden Jahr 2019 beginnen. Auch Maßnahmen für die Erweiterung von Siedlungs- und Einzelhandelsflächen finden sich bereits im Wohnungsbauprogramm von 2015 wie auch im Einzelhandelskonzept aus dem Jahr 2010. Die Planungen hierzu wurden jedoch auf Anraten von Experten zurückgestellt, bevor nicht die Ortsumgehung und die ÖPNV-Anbindung realisiert sind. Die SPD wollte nur publikumswirksam wieder alten Wein in neuen Schläuchen verkaufen. Dieser Antrag hätte Meschenich nicht weitergebracht. Der Antrag wurde daher gegen die Stimmen von SPD, Linke und BUNT bei Enthaltung der AfD mehrheitlich abgelehnt.

Ausweitung des KVB-Leihrad-Systems



Schnell ein Fahrrad zur Hand zu haben, wenn es gebraucht wird, ist schon eine gute Sache und deshalb funktioniert das KVB Leihradsystem. Wenn das Ganze dann auch noch nichts kostet, zumindest für die erste halbe Stunde als KVB-Kartenbesitzerin/-besitzer, gewinnt ein Leihrad an Akzeptanz. Damit diese Vorteile immer mehr Kölnerinnen und Kölner nutzen können, haben die GRÜNEN zusammen mit CDU und GUT einen [Antrag](#) initiiert, das

Leihradgebiet deutlich zu erweitern und endlich auf bereits versiegelten Flächen ordentliche Abstellmöglichkeiten zu schaffen.

Seit 2015 betreibt die KVB AG ein Fahrradverleihsangebot. Im 1. Quartal 2019 schreibt die KVB AG den Betrieb des Fahrradverleihsystems erneut aus, da der bestehende Vertrag im April 2020 endet. Beschlossen wurde, dass die KVB AG in Zusammenarbeit mit der Verwaltung auf der Grundlage der Ziele von „Köln Mobil 2025“ die bestehenden Betriebsgrenzen des KVB-Leihradsystems auf die Kölner Außenbezirke ausweitet. Dabei hat zugleich die Erhöhung der Anzahl von Leihrädern zu erfolgen. Sich erweiternde bzw. neu entstehende Wohnquartiere sind dabei zu berücksichtigen.

Der Antrag fand gegen AfD bei Enthaltung der FDP und der Gruppe Rot-Weiß (Ex Pro Köln) eine breite Mehrheit.

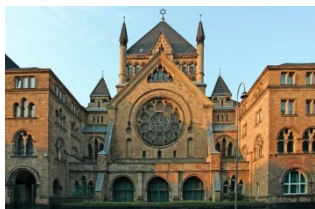
Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten Dezernat II – Finanzen

Auf [Antrag](#) von CDU und GRÜNE und mit den Stimmen von FDP und GUT hat der Rat gegen SPD und Linke beschlossen die Stelle der/des Beigeordneten Dezernat II, Stadtkämmerer/kämmerin, öffentlich auszuschreiben. Die Verwaltung ist nun mit der Durchführung der dafür notwendigen Schritte, zuerst mit der Auswahl und Beauftragung eines geeigneten Personalberatungsunternehmens, beauftragt.

Zudem billigte der Rat den Ausschreibungstext, in dem es u.a. heißt: „Die Stadt Köln steht in den kommenden Jahren vor vielfältigen Veränderungen. Dies erfordert ein modernes, strategisches, auf Nachhaltigkeit und Wirkungsorientierung ausgerichtetes Finanzmanagement. Angesichts der für die Daseinsvorsorge kommunalwirtschaftlich bedeutenden städtischen Beteiligungsgesellschaften kommt der Beteiligungssteuerung eine große Bedeutung zu.“

Die Amtszeit der amtierenden Stadtkämmerin Gabriele C. Klug (GRÜNE) endet zum 07.12.2018. Altersbedingt ist eine weitere Amtszeit von acht Jahren nicht mehr möglich. Die Wahl einer neuen Stadtkämmerin / eines neuen Stadtkämmerers soll durch den Rat noch in diesem Jahr erfolgen.

Kein Raum für Antisemitismus in Köln



Alle demokratischen Fraktionen und Gruppen im Kölner Rat setzten mit der [Resolution „Kein Raum für Antisemitismus in Köln! Für eine solidarische Stadtgesellschaft“](#) ein deutliches und öffentliches Zeichen, dass es „in Köln keinen Platz für antisemitisches, rassistisches, extremistisches, radikales und antidemokratisches Gedankengut gibt.“ Rat und Verwaltung, alle Akteure und Organisationen der Kölner Stadtgesellschaft sind aufgerufen, sich für die Bekämpfung von Antisemitismus einzusetzen.

Brigitta von Bülow, stellv. Fraktionsvorsitzende der grünen Ratsfraktion, betonte in ihrer Rede: „Die beim NS-Dokumentationszentrum angesiedelte Information- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) und die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit stellen sich dieser Aufgabe in hervorragender Weise. Dies gilt es seitens der Stadt Köln zu untermauern und auch personell zu verstärken. Antisemitismus stellt unsere Grundwerte und somit auch unser Grundgesetz in Frage. Jede seiner Formen ist ein Angriff auf unsere gesamte Gesellschaft. Genau deswegen ist die Bekämpfung des Antisemitismus eine Sache, die uns alle angeht! Daher bin ich froh, dass alle demokratischen Fraktionen und Gruppen dabei sind.“

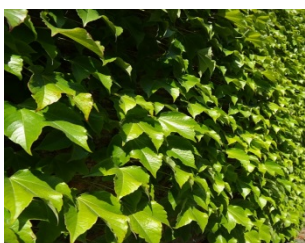
Hauptsatzung für „Kinderfreundliches Köln“



Nun steht es auch in der Hauptsatzung der Stadt Köln: Das Ziel der Kinder- und Jugendfreundlichkeit, das bereits der Jugendhilfeausschuss beschlossen hatte. Mehr Verpflichtung geht nicht. Auch die entsprechende Auszeichnung wurde schon an Köln vergeben. Nun ist es an der Stadt, diesem Bekenntnis auch Taten folgen zu lassen. Eine Verpflichtung, der sie gerne nachkommen wird.

[Hauptsatzung der Stadt Köln](#)

Offensive für Fassaden- und Dachbegrünung



Der Rat hat einstimmig für einen weiteren aktiven Beitrag zum Klimaschutz in Köln gestimmt. Mit mehr als einer dreiviertel Million Euro pro Jahr will die Stadt die [Begrünung von Dächern und Fassaden](#) sowie die Entsiegelung von Innenhöfen voranbringen und so die Auswirkungen des Klimawandels abfedern. Die Mittel dafür wurden auf Initiative der GRÜNEN im Haushalt 2018 bereitgestellt. Ein klares Zeichen für einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz.

Wichtige Beschlüsse zu Schulbauprojekten

Insgesamt sechs Beschlüsse zum Schulbau fasste der Rat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause – siehe TOPs 10.1, 10.2, 10.5, 10.8, 10.9 und 10.14.

Es geht mit dem Schulbau weiter voran. Bereits in der Ratssitzung am 20. März 2018 wurde das 2. Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht.

In dieser Ratssitzung folgten weitere Beschlüsse: Ausstattung der Gesamtschule Wasseramselweg (GesS [Wasseramselweg](#)), Schulen zur Zügigkeitserhöhung (HS Ursula

[Kuhr](#)), zur Planungsaufnahme von Erweiterungsbauten (KGS [Thurner Str.](#), „[Nippesbad](#)“, [Overbeckstr.](#)) etc. ([Modifizierung](#) Maßnahmenpakete durch Total- oder Generalunternehmer). Auch wenn man nach außen einen anderen Eindruck hat, die Verwaltung arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung der Schulbeschlüsse.

Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes – im Interim und dauerhaft



Die nun beschlossene [Erweiterung im Busnetz der KVB](#) – Interim und dauerhaft – sind ein wichtiger Baustein der Verkehrswende und notwendig für die gestiegenen Anforderungen an die urbanen Verkehre einer weiterhin wachsenden Millionenstadt. Und mit gerade mal einem halben Jahr, haben Stadtverwaltung und KVB sehr schnell auf unseren Ratsbeschluss vom November 2017 reagiert.

Mit einigen zusätzlichen Angeboten vollziehen Stadt und KVB überdies den Einstieg in einen Paradigmenwechsel. Bisher war das Busnetz vor allem Zubringer zum Stadtbahnnetz oder Teil der Feinerschließung von Stadtteilen und Quartieren. Mit der Einrichtung von Interimsangeboten parallel zu stark frequentierten Stadtbahnlinien sollen Busse in Zukunft auch zur Entlastung dieser Schienenverbindungen beitragen.

Wahlen

Stadtwerke-Aufsichtsrat

Der Rat wählte auf Vorschlag der grünen Ratsfraktion Anne Lütkes in den Aufsichtsrat der Stadtwerke. Jörg Frank war von seinem Aufsichtsratsmandat zurückgetreten. Anne Lütkes war von 1989 bis 1999 die Vorsitzende der grünen Fraktion im Kölner Rat, danach für kurze Zeit Bürgermeisterin, von 2000 bis 2005 Justizministerin in Schleswig-Holstein und bis August 2017 Regierungspräsidentin in Düsseldorf.

Stadtentwässerungsbetriebe

Als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB) wurde auf grünen Vorschlag der sachkundige Bürger Robert Schallehn gewählt. Er ist Vertreter für Gerd Brust.

Rat der Gemeinden und Regionen Europas

Bürgermeister Andreas Wolter (GRÜNE) wurde in Gremien der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) gewählt.

-
- [Die komplette Tagesordnung der Sitzung Rat inkl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de -
V.i.S.P.: Jörg Frank, Fraktionsgeschäftsführer